

Hintergrund

Das Gesetz gegen die weit verbreiteten Missstände in der deutschen Fleischindustrie könnte in der letzten Sitzungswoche vor Weihnachten vom Bundestag beschlossen und dann wie ursprünglich vorgesehen zum 1. Januar in Kraft treten. Wenn es so kommt, müssen die Firmen von der bisherigen Praxis abweichen, insbesondere in ihren Kernbereichen Schlachtung und Zerlegung über Subunternehmen kostengünstige Werkvertragsarbeitnehmer aus Osteuropa einzusetzen.

Die Produktionsmitarbeiter müssen ab Januar direkt bei den Schlachtbetrieben angestellt werden – nach deutschem Recht und mit entsprechender sozialer Absicherung. Ausnahmen soll es so gut wie keine geben. Leiharbeit ist nur in engen Grenzen zur Abdeckung von Auftragsspitzen zulässig.

Branchenführer Tönnies begrüßt die bevorstehende Gesetzesverabschiedung. „Durch die allgemeinverbindlichen Regelungen gibt es jetzt Planungssicherheit“, sagt Clemens Tönnies, geschäftsführender Gesellschafter des Familienunternehmens. In seinem Konzern sei die Direktanstellung in den Kernbereichen seit September in vollem Gang und werde voraussichtlich bis zum Jahresende abgeschlossen sein.



Die Ankündigung der Regierung, dass das Gesetz zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Fleischbranche noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll, begrüßen die erste parlamentarische Geschäftsführerin der Bündnisgrünen im Bundestag, Britta Haßelmann, und der Gütersloher Caritas-Vorstand Volker Brüggenjürgen. Trotzdem bleiben sie skeptisch. Foto: Sudbrock

„So ganz traue ich dem Braten noch nicht“

Von NIMO SUDBROCK

Rheda-Wiedenbrück (gl). Kurz vor Toresschluss will die Bundesregierung Werkverträge in der Fleischindustrie doch noch zum 1. Januar weitgehend verbieten. Warum hat die nun bevorstehende Verabschiedung des bereits im Sommer angekündigten Gesetzes so lange gedauert?

Britta Haßelmann, erste parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, vermutet Lobbydruck seitens der

Fleischbranche als Grund für die Verzögerung. Bei einem Treffen mit Volker Brüggenjürgen, Geschäftsführer des Caritas-Kreisverbands aus Rheda-Wiedenbrück, findet die Politikerin am Montag deutliche Worte: „Die Lobbyisten sitzen längst nicht mehr außerhalb des Parlaments, sondern mittendrin.“

Mehrfach habe die Koalition aus CDU/CSU und SPD angekündigt, das Gesetz zur Verbesserung des Arbeitnehmerschutzes in der Fleischindustrie im Bundestag zur Abstimmung zu stellen, sagt Haßelmann. „Man hätte

das Ganze bereits im September auf den Weg bringen können statt jetzt auf den letzten Drücker“, betont die Abgeordnete aus Bielefeld. „Aber ganz offensichtlich war der Lobbydruck zu enorm.“

Ein Beleg dafür seien auch die zwischenzeitlichen Änderungen an dem Gesetzesvorhaben, das Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) im Sommer kurz nach den massenhaften Corona-Ausbrüchen unter anderem bei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück vorgestellt hatte. Auf Drängen der Fleischindustrie seien beispiels-

weise Zugeständnisse beim Thema Leiharbeit gemacht worden. „Diese ist anders als ursprünglich geplant nun doch in begrenztem Rahmen möglich“, erläutert Britta Haßelmann. Allerdings sei der Einsatz von Leiharbeitern nur während der Grillsaison erlaubt – und das zunächst auch nur für die kommenden drei Jahre. „Zudem müssen sie den gleichen Lohn bekommen wie ihre festangestellten Kollegen“, unterstreicht die parlamentarische Geschäftsführerin.

Die Linke spricht von einem Gesetz mit Schlupflöchern. Die SPD verkauft die am vergange-

nen Freitag von Vertretern der Großen Koalition während einer Pressekonferenz in Berlin angekündigten Einigung als Durchbruch. „Die Wahrheit liegt wahrscheinlich irgendwo dazwischen“, sagt Caritas-Geschäftsführer Volker Brüggenjürgen. Er bleibe skeptisch, so lange er nicht den finalen Gesetzestext gesehen habe: „So ganz traue ich dem Braten noch nicht.“ Werde das Gesetz in der kürzlich vorgestellten Form noch vor Weihnachten auf den Weg gebracht, bestehe aber Grund zur Freude: „Damit wäre viel erreicht.“



Branchenführer Tönnies mit Hauptsitz in Rheda-Wiedenbrück hat mit der Direktanstellung aller Schlachtungs- und Zerlegungsmitarbeiter bereits begonnen. Bis Jahresende soll der Prozess abgeschlossen sein.

Haßelmann pocht auf Kontrollen

Rheda-Wiedenbrück (sud). Doch auch wenn das Gesetz zum weitreichenden Verbot von Werkverträgen in der bundesdeutschen Fleischbranche wie geplant zum 1. Januar greift: „Es bleibt weiterhin reichlich zu tun“, sagt Britta Haßelmann. Denn die Probleme im Umfeld der Schlachthöfe, wie sie auch in Rheda-Wiedenbrück im Zuge der Corona-Pandemie zutage getreten seien, seien damit noch nicht vom Tisch: „Wir alle müssen die Beschäftigungs- und Lebenssituation der zumeist osteuropäischen Arbeitsmigranten weiterhin im Blick behalten.“

Die Grünen-Politikerin aus Bielefeld fordert, dass die Behörden, die vor Ort für die Überwachung der gesetzlichen Bestimmungen zuständig sind, die dafür notwendige personelle Ausstattung erhalten. „Gerade bei den Arbeitsschutzkontrollen ist zuletzt einiges zurückgefahren wor-

den“, sagt Haßelmann. Das müsse sich ändern. Fortlaufende, engmaschige und unabhängige Kontrollen seien das A und O, denn: „Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es genug Anlass für Misstrauen gegen die Fleischbarone gibt.“

Verbesserungsbedarf bei den Schlachthof-Kontrollen hält der Gütersloher Caritas-Vorstand Volker Brüggenjürgen nicht nur in personeller Hinsicht für dringend angezeigt: Er wünscht sich die Verlagerung der Zuständigkeiten von den Kommunalbehörden auf die Länder oder – besser noch – den Bund. Denn die Stadt- und Kreisverwaltungen seien „absolut abhängig“ von den Fleischbetrieben und deren Gewerbesteuerzahlungen. „Das macht die ganze Sache bestimmt nicht leichter.“

Auch wenn sich das Gesetz zur Verschärfung der Vorgaben für

Konzerne wie Westfleisch, Tönnies und Co. noch in der Praxis bewähren und zuvor freilich noch durch den Bundestag verabschiedet werden muss: Viel gewonnen ist nach Überzeugung Brüggenjürgens allein deshalb, weil die Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen durch die politische Debatte verstärkt in die öffentliche Wahrnehmung gerückt seien und offenbar auch in der Branche ein Umdenken einsetze. Die Beschäftigten müssten von den Unternehmen besser behandelt werden, wenn sie diese dauerhaft an sich binden wollten, bekräftigt der Caritas-Geschäftsführer. Das sei eine Chance für die zumeist aus Osteuropa stammenden Männer und Frauen. „Bislang zählten für die Firmen nur die Schweine und nicht die Menschen – das ist jetzt endlich anders“, resümiert Volker Brüggenjürgen.